



Klimawandel aufhalten! Für Klima- und soziale Gerechtigkeit

Neben der gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz- und sozialen Krise durchleben wir eine weitere – die ökologische. Die Europäische Linke (EL) betont, dass die ökologische Krise bereits heute dramatische Auswirkungen hat, die mit großer Wahrscheinlichkeit in naher Zukunft ein katastrophales Ausmaß annehmen wird.

Der UNO-Bericht für 2007 zeigte auf, dass die Kohlendioxid-Emissionen die höchsten seit 650,000 Jahren waren und bereits das Doppelte von dem betragen, was die Ökosysteme absorbieren können. 2008 wurden über 300 ‚Natur‘-Katastrophen mit Hunderten von Toten und 200 Millionen betroffenen Opfern gezählt. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben im Ergebnis des Klimawandels jedes Jahr 150,000 Menschen, davon 85% Kinder. Des Weiteren berichtet der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderung (IPCC) der Vereinten Nationen, dass eine durchschnittliche Erwärmung von zwei Grad verheerende Auswirkung auf die biologische Vielfalt der Biosphäre haben wird.

Die Wiederherstellung und der Schutz der Ökosysteme sollten bei allen Produktion und Investitionen betreffenden Entscheidungen an der Spitze der Prioritäten rangieren. Nach Ansicht der EL müssen die globalen Klimaprobleme global gelöst werden.

Die EL betont, dass die von der EU bis 2020 angesteuerten Ziele nicht ausreichen und auf Marktprinzipien (CO₂-Emissionshandel) basieren. Des Weiteren unterstreicht die EL, dass selbst die ohnehin dürftigen Ziele des Kyoto-Protokolls systematisch hinausgezögert worden sind und verurteilt die hohe Anzahl von ‚Ausnahme‘-situationen.

Die EL ist der Ansicht, dass trotz der Priorität, die nachhaltiger Entwicklung in den letzten Jahren formal beigemessen worden ist, die Antworten auf die durch den Klimawandel hervorgerufenen Probleme an schwache Lösungen und noch schwächere Ausführungspläne gekoppelt sind.

Die EL weist darauf hin, dass die vorherrschende Konzeption von zukunftsfähiger Entwicklung auf zwei vordergründigen Lügen beruht:

1. dem Außerachtlassen der äußeren Umstände, die durch die ökonomische und technologische Entwicklung hervorgebracht werden. Diese schaffen globalisierte Bedrohungen, die sich nicht auf Zeit und Raum ihrer Entstehung begrenzen lassen.
2. dem spezifischen Festmachen der Verantwortung, zu zukunftsfähigen Verhaltensmustern zurückzukommen, an jedem einzelnen Bürger, wobei jeder von uns zum einzigen Verantwortlichen für die Erhaltung der Artenvielfalt und der natürlichen Ressourcen gemacht wird. Das ist das Konzept des umweltbewussten Bürgers, das von den Verfechtern eines ‚grünen Kapitalismus‘ immer wieder strapaziert wird. Die Modelle der Produktion und der höchst unnachhaltigen Konsumption kapitalistischer Gesellschaften werden nicht in Frage gestellt.

Viele Regierungen und internationalen Organisationen betrachten Umweltprobleme als außerhalb der Gesellschaft (in der Luft, der Erde, dem Wasser...) liegend und als unpolitische, rein technische Probleme.

Im Gegensatz dazu vertritt die EL die Ansicht, dass der Prozess der Entscheidung über Umweltlösungen nicht nur eine Frage der technischen Alternativen, sondern auch eine von politischen Weichenstellungen ist. Eine zukunftsfähige Gesellschaft würde einen Weg der Stärkung der demokratischen Prozesse durchlaufen, der über die Umdefinierung der Rolle von Regierungen, Staaten und Regionen der Welt und über den Kampf für soziale Gerechtigkeit führt.

Der Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 ist höchstwahrscheinlich das letzte Mal vor dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahre 2012, dass der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderung auf der Ebene von Regierungen tagt. Diese Chance dürfen wir nicht verpassen!

Die EL ist der Meinung, dass man nicht von Nachhaltigkeit der Ressourcen und der Umwelt sprechen kann, ohne deren verschiedene soziale Aneignungsformen zu berücksichtigen. Die Umweltprobleme treffen nicht jeden in der gleichen Weise. Es sind die Ärmsten, die Arbeiter, Bauern, Frauen, die Ureinwohner und, allgemein gesagt, die verletzlichsten Teile der Bevölkerung, die am stärksten betroffen sind.

Daher geht die EL davon aus, dass Umweltprobleme hauptsächlich Verteilungs- bzw. Umverteilungsprobleme sind.

Wenn man Umweltprobleme als soziale Probleme angeht, muss man zwingend soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Umverteilung als integrale Bestandteile einschließen. Umwelt und Gesundheit betreffende Ungleichheiten werden hauptsächlich im Ergebnis der sozialen Dynamik von ungleicher Verteilung der Ressourcen und ungleichen Machtverhältnissen geschaffen und aufrechterhalten.

Infolgedessen schlägt die EL vor, gleichzeitig

- die CO₂-Emissionen der entwickelten Länder bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um 40% zu reduzieren;
- den CO₂-Emissionshandel und andere Scheinlösungen wie so genannte saubere Entwicklungsmechanismen zu bekämpfen;
- den Entwicklungsländern angemessene finanzielle und technologische Unterstützung zu geben, die von der UNO gehandhabt werden soll und muss;
- jedem Bürger das Recht auf Zugang zu sauberer Energie zu gewährleisten.

Die EL strebt ebenfalls eine öffentliche Einmischung an, die auf die wirksame Definition territorial festgelegter Ressourcen und neuer Energiemuster ausgerichtet ist. Wir befürworten einen starken öffentlichen Energiesektor.

Abschließend vertritt die EL den Standpunkt, dass die Verringerung der Militärausgaben einen wesentlichen Beitrag zur Milderung und Anpassung von klimatischen Veränderungen bilden könnte. Nach Aussagen von führenden Politikern der EU benötigen die Entwicklungsländer insgesamt bis 2020 jährlich € 100 Milliarden als Hilfe zur Bekämpfung der globalen Erwärmung. Die direkten Ausgaben für den Krieg im Irak beliefen sich bis Ende 1980 allein für die USA auf über € 500 Milliarden.